

Pressemitteilung

NICHT AN SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE GEWÖHNEN, **SONDERN SCHWANGEREN HELFEN!**

EAK München beantragt massiven Ausbau der Hilfen für Schwangere in Not sowie jährlichen Lebensschutzbericht der Bundesregierung

Der Bezirksverband München des Evangelischen Arbeitskreises der CSU (EAK) wendet sich entschieden gegen die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz der Tötung von Kindern im Mutterleib. Er fordert die Verantwortungsträger in Politik, Kirche und Gesellschaft dazu auf, zu einem allgemeinen Wertewandel beizutragen, der menschliches Leben in allen Stadien seiner Entwicklung als vollwertig und mit allen Grundrechten ausgestattet ansieht. Außerdem müssen die Hilfen für Schwangere in Notlagen massiv ausgebaut werden, damit sie Ja zu ihrem Kind sagen und sich nicht aus Angst vor Armut o.a. für seine Tötung entscheiden.

Der EAK München fordert die Einführung eines jährlichen Lebensschutzberichtes durch die Bundesregierung, um die Gründe für den Schwangerschaftskonflikt, die Qualität der Konfliktberatung und die Schwangerschaftsabbruchspraxis detailliert zu evaluieren. Ein entsprechender Antrag wird der nächsten Landesversammlung des EAK der CSU zur Abstimmung vorgelegt und soll dann auch auf dem nächsten Parteitag der CSU beraten werden. Mit einem solchen Lebensschutzbericht soll der Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 28. Mai 1993 Folge geleistet werden, die geltende Rechtssituation zu überprüfen mit Blick darauf, ob sie dem Ziel dient, Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden. Zudem soll er als Entscheidungsgrundlage für den Ausbau weiterer wirksamer Hilfen dienen.

In Deutschland bekommt nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes etwa jedes achte Kind durch vorgeburtliche Tötung keine Chance auf ein eigenes, selbstbestimmtes Leben. Weder die Kirchen, die Politik noch die Gesellschaft insgesamt dürfen sich mit diesen erschreckenden Zahlen und den dahinter stehenden Schicksalen abfinden! Deshalb erinnert der EAK München an die Verpflichtung zum Einsatz für den Schutz des Lebens und fordert sämtliche Parteien im Deutschen Bundestag dazu auf, gemäß der bisher noch nicht umgesetzten Vorgabe des BVerfG dafür Sorge zu tragen, dass staatlicherseits eine Evaluation der Schwangerschaftsabbrüche stattfindet mit dem Ziel, die täglichen Tötungen von Menschen im Mutterleib in Deutschland zu reduzieren sowie die gesellschaftliche Sensibilität für das komplexe Problemfeld zu stärken.

Der EAK München wendet sich entschieden gegen alle Versuche der Relativierung des Unrechts der Tötung ungeborenen Lebens sowie der Notlage von Frauen im Schwanger-

schaftskonflikt und ruft insbesondere alle Christen dazu auf, den ihnen möglichen Beitrag zum Lebensschutz zu leisten. Eine Gesellschaft, die ihre schwächsten Glieder ohne eigene Stimme nicht bestmöglich schützt, verachtet das menschliche Leben insgesamt. Die ungeborenen Kinder und ihre Mütter in verzweifelten Situationen benötigen alle mögliche Unterstützung durch jeden einzelnen Christen, durch die Kirchen und die Gesellschaft insgesamt!

„Wir alle dürfen uns nicht an die Tötung ungeborener Mitmenschen gewöhnen, sondern müssen uns vielmehr entschieden dafür einsetzen, Alternativen zu stärken und weiterzuentwickeln, damit Frauen im Schwangerschaftskonflikt nicht auf sich allein gestellt bleiben, sondern mithilfe der individuell benötigten Unterstützung eindeutig und zuversichtlich Ja zu ihrem Kind sagen können“, so der EAK-Bezirksvorsitzende Dr. Jonathan Kühn.